

No. 41824

**Germany
and
Turkey**

Agreement between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Republic of Turkey concerning cooperation in combating offences of major significance, in particular terrorism and organized crime. Ankara, 3 March 2003

Entry into force: *19 September 2004 by notification, in accordance with article 10*

Authentic texts: *German and Turkish*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Germany, 1 September 2005*

**Allemagne
et
Turquie**

Accord entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République turque relatif à la coopération dans la lutte contre les infractions d'importance majeure, en particulier dans le domaine du terrorisme et du crime organisé. Ankara, 3 mars 2003

Entrée en vigueur : *19 septembre 2004 par notification, conformément à l'article 10*

Textes authentiques : *allemand et turc*

Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : *Allemagne, 1^{er} septembre 2005*

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

Abkommen

zwischen

der Regierung der Bundesrepublik Deutschland

und

der Regierung der Republik Türkei

über

die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung

von Straftaten mit erheblicher Bedeutung,

insbesondere des Terrorismus und der Organisierten Kriminalität

**Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Republik Türkei -**

bestrebt, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Türkei weiter zu festigen und zu entwickeln, Wohlstand und Stabilität in Frieden in beiden Staaten zu fördern und die beiderseitige Zusammenarbeit auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung der Souveränität, der Gleichberechtigung und des beiderseitigen Nutzens zu verstärken,

besorgt über das Anwachsen der Kriminalität, insbesondere des internationalen Terrorismus und der internationalen Organisierten Kriminalität,

geleitet von dem Bestreben, die Bürger ihrer Staaten und andere Personen in ihrem Hoheitsgebiet wirksam vor terroristischen und sonstigen kriminellen Handlungen zu schützen,

in Anerkennung der großen Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Terrorismus und der Organisierten Kriminalität und in dem Wunsch die Wirksamkeit der Zusammenarbeit in diesem Bereich zu steigern,

eingedenk der Ziele und Prinzipien der internationalen Übereinkünfte, die die beiden Vertragsparteien ratifiziert haben, sowie der Resolutionen der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung, insbesondere der Resolution Nr. 1373 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 28. September 2001,

unter Hervorhebung der Notwendigkeit und Wichtigkeit des europäischen Übereinkommens zur Bekämpfung des Terrorismus vom 27. Januar 1977, insbesondere der Artikel 1 und 2,

unter Beachtung der Grundprinzipien des Völkerrechts und des Schutzes der Menschenrechte, wie sie in der Charta der Vereinten Nationen definiert sind -

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Vertragsparteien arbeiten nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts bei der Bekämpfung von Straftaten mit erheblicher Bedeutung zusammen, insbesondere bei terroristischen Straftaten und solchen, die unter Einbeziehung organisierter krimineller Strukturen begangen werden.

(2) Sofern organisierte kriminelle Strukturen bei der Tatplanung oder -begehung erkennbar sind, arbeiten die Vertragsparteien nach Maßgabe ihres innerstaatlichen Rechts unabhängig von der Schwere der Straftat zusammen, insbesondere bei der Bekämpfung von:

- illegaler Herstellung und illegalem Verkehr von Betäubungsmitteln und psychotropen Substanzen, im weiteren Rauschgift genannt, sowie von Vorläufersubstanzen hierzu,
- Terrorismus,
- Einschleusung von Ausländern, Menschenhandel und Zuhälterei,
- Erpressung,
- unerlaubtem Verkehr mit Waffen, Sprengstoffen, nuklearen und radioaktiven Materialien,
- Eigentums kriminalität,
- illegalem Handel mit Kunstwerken und Antiquitäten,
- Computerkriminalität,

- Urheberrechtsverletzungen,
- Herstellung und Verbreitung von Falschgeld, Fälschung von unbaren Zahlungsmitteln oder Wertpapieren sowie Verwendung gefälschter unbarer Zahlungsmittel oder Wertpapiere,
- Geldwäsche,
- Fälschung und Verfälschung von Dokumenten und öffentlichen Urkunden.

(3) Im Sinne dieses Abkommens bezeichnet der Ausdruck „terroristische Handlungen“ eine der nachstehend aufgeführten vorsätzlichen Handlungen, die durch ihre Art oder ihren Kontext ein Land oder eine internationale Organisation ernsthaft schädigen kann und im innerstaatlichen Recht als Straftat definiert ist, wenn sie mit dem Ziel begangen wird:

1. die Bevölkerung auf schwerwiegende Weise einzuschüchtern oder
2. eine Regierung oder eine internationale Organisation unberechtigterweise zu einem Tun oder Unterlassen zu zwingen oder
3. die politischen, verfassungsrechtlichen, wirtschaftlichen oder sozialen Grundstrukturen eines Landes oder einer internationalen Organisation ernsthaft zu destabilisieren oder zu zerstören:
 - a) Anschläge auf das Leben einer Person, die zum Tode führen können,
 - b) Anschläge auf die körperliche Unversehrtheit einer Person,
 - c) Entführung oder Geiselnahme,
 - d) weitreichende Zerstörung an einer Regierungseinrichtung oder einer öffentlichen Einrichtung, einem Verkehrssystem, einer Infrastruktur, einschließlich eines In-

formatiksystems, einer festen Plattform, die sich auf dem Festlandssockel befindet, einem allgemein zugänglichen Ort oder einem Privateigentum, die Menschenleben gefährden oder zu erheblichen wirtschaftlichen Verlusten führen kann,

- e) Kapern von Luft- und Wasserfahrzeugen oder von anderen öffentlichen Verkehrsmitteln oder Güterverkehrsmitteln,
- f) Herstellung, Besitz, Erwerb, Beförderung oder Bereitstellung oder Verwendung von Schusswaffen, Sprengstoffen, Kernwaffen, biologischen und chemischen Waffen sowie die Forschung und Entwicklung in Bezug auf biologische und chemische Waffen,
- g) Freisetzung gefährlicher Stoffe oder Herbeiführen eines Brandes, einer Explosion oder einer Überschwemmung, wenn dadurch das Leben von Menschen in Gefahr gebracht wird,
- h) Manipulation oder Störung der Versorgung mit Wasser, Strom oder anderen lebenswichtigen natürlichen Ressourcen, wenn dadurch das Leben von Menschen in Gefahr gebracht wird,
- i) Drohung mit Begehung einer der unter den Buchstaben a) bis h) genannten Straftaten,
- j) Anführen einer terroristischen Vereinigung,
- k) Beteiligung an den Aktivitäten einer terroristischen Vereinigung einschließlich durch Bereitstellung von Informationen oder materiellen Mitteln oder durch jegliche Art der Finanzierung ihrer Aktivitäten in dem Wissen, dass diese Beteiligung zu den kriminellen Aktivitäten der Gruppe beiträgt.

Im Sinne dieses Absatzes bezeichnet der Ausdruck „terroristische Vereinigung“ einen auf längere Dauer angelegten organisierten Zusammenschluss von mehr als zwei Personen, die

in Verabredung handeln, um terroristische Handlungen zu begehen. Der Ausdruck „organisierter Zusammenschluss“ bezeichnet einen Zusammenschluss, der nicht zufällig zur unmittelbaren Begehung einer terroristischen Handlung gebildet wird und der nicht notwendigerweise förmlich festgelegte Rollen für seine Mitglieder, eine kontinuierliche Mitgliedschaft oder eine ausgeprägte Struktur hat.

(4) Dieses Abkommen berührt nicht die Fragen der Auslieferung und der sonstigen Rechtshilfe in Strafsachen sowie die Unterstützung und Rechtshilfe in Fiskalsachen.

Artikel 2

Zum Zwecke der Umsetzung dieses Abkommens erfolgt die Zusammenarbeit der Vertragsparteien unmittelbar zwischen ihren folgenden zuständigen Behörden:

auf deutscher Seite:

- Bundesministerium des Innern,
- Bundesministerium für Gesundheit,
- Bundeskriminalamt,
- Grenzschutzdirektion,
- Zollkriminalamt;

auf türkischer Seite:

- Innenministerium,
- Gesundheitsministerium,

- **Staatssekretariat für Zoll des Ministerpräsidiums.**

Artikel 3

Zum Zwecke der Zusammenarbeit werden die Vertragsparteien

- **im Rahmen ihres innerstaatlichen Rechts Informationen über begangene oder geplante Straftaten, über Tätergruppen, deren Strukturen, Verbindungen und Methoden ihrer Tätigkeit austauschen, soweit dies für die Verhütung, Aufklärung und Ermittlung von Straftaten von erheblicher Bedeutung erforderlich ist,**
- **auf Ersuchen die nach dem Recht der jeweils ersuchten Vertragspartei zulässigen Maßnahmen sowie abgestimmte operative Maßnahmen zur Verhütung, Aufklärung und Ermittlung von Straftaten durchführen, wobei Sie im Rahmen ihres innerstaatlichen Rechts und vorbehaltlich des Artikels 1 Absatz 3 die Anwesenheit von Vertretern der zuständigen Behörden der anderen Seite bei der Durchführung operativer Maßnahmen gestatten können,**
- **gemeinsame Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Herstellung und des illegalen Verkehrs von Rauschgift und Vorläufersubstanzen hierzu durchführen,**
- **Erfahrungen über die Überwachung des legalen Verkehrs von Rauschgift und von Vorläufersubstanzen hierzu austauschen und Maßnahmen zur Verhinderung des Missbrauchs ergreifen,**
- **im Rahmen ihres innerstaatlichen Rechts und der bestehenden internationalen Verpflichtungen kontrollierte Lieferungen im Hinblick auf den unerlaubten Handel mit Rauschgift und Vorläufersubstanzen durchführen und einander durch enge Zusammenarbeit bei den damit verbundenen Finanzermittlungen unterstützen,**
- **bei Bedarf nach gegenseitiger Abstimmung Verbindungsbeamte entsenden,**

- nach Möglichkeit Fachleute zur Fortbildung und zum Erfahrungsaustausch entsenden,
- kriminalistisch-kriminologische Forschungsergebnisse austauschen,
- im Rahmen ihres innerstaatlichen Rechts andere Maßnahmen ergreifen, die den Zielen dieses Abkommens und Verpflichtungen aus anderen für beide Staaten verbindlichen völkerrechtlichen Verträgen entsprechen.

Artikel 4

(1) Die Vertragsparteien werden zur Bewertung der Umsetzung dieses Abkommens und der Zweckmäßigkeit seiner Ergänzung oder Änderung bei Bedarf Konsultationen durchführen.

(2) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien können Arbeitsgruppen einrichten, Expertentreffen durchführen und Vereinbarungen zur Durchführung dieses Abkommens schließen.

Artikel 5

(1) Ist eine Vertragspartei der Ansicht, dass die Erfüllung eines Ersuchens oder die Durchführung anderer Maßnahmen der Zusammenarbeit die Souveränität oder die Sicherheit des Staates beeinträchtigen kann oder den Grundsätzen seines eigenen Rechts, seinen internationalen Verpflichtungen oder anderen wesentlichen Interessen des Staates widerspricht, so kann die Erfüllung des Ersuchens oder die Durchführung anderer Maßnahmen ganz oder teilweise verweigert oder von Bedingungen oder Auflagen abhängig gemacht werden.

(2) Die Unterstützung kann auch verweigert werden, wenn die Handlung, deretwegen das Ersuchen erging, nach dem im Staat der ersuchten Vertragspartei geltenden Recht keine strafbare Handlung ist.

(3) Die ersuchende Vertragspartei wird über die Verweigerung, in der Regel unter Angabe der Gründe, schriftlich unterrichtet.

Artikel 6

Unter Beachtung des innerstaatlichen Rechts jeder Vertragspartei erfolgen Übermittlung und Verwendung von personenbezogenen Daten, im weiteren Daten genannt, im Rahmen dieses Abkommens durch die in Artikel 2 genannten Stellen der Vertragsparteien nach Maßgabe folgender Bestimmungen:

1. Die empfangende Stelle einer Vertragspartei unterrichtet die übermittelnde Stelle der anderen Vertragspartei auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
2. Die Verwendung der Daten durch den Empfänger ist nur zu den in diesem Abkommen bezeichneten Zwecken und zu den durch die übermittelnde Stelle vorgegebenen Bedingungen zulässig. Die Verwendung ist darüber hinaus zur Verhütung und Verfolgung von Straftaten von erheblicher Bedeutung sowie zum Zwecke der Abwehr von erheblichen Gefahren für die öffentliche Sicherheit zulässig.
3. Die übermittelnde Stelle ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Die Übermittlung der Daten unterbleibt, wenn die übermittelnde Stelle Grund zu der Annahme hat, dass dadurch gegen den Zweck eines innerstaatlichen Gesetzes verstoßen würde oder schutzwürdige Interessen der betroffenen Personen beeinträchtigt würden. Er-

weist sich, dass unrichtige Daten oder Daten, die nicht übermittelt werden durften, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Löschung unverzüglich vorzunehmen.

4. Einer Person ist auf Antrag über die zu ihr vorhandenen Daten sowie über deren vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Ihr Recht auf Auskunftserteilung richtet sich nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird. Die Erteilung einer solchen Auskunft kann verweigert werden, wenn das Interesse des Staates, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Antragstellers überwiegt.
5. Die übermittelnde Stelle weist bei der Übermittlung von Daten auf die nach ihrem innerstaatlichen Recht vorgesehenen Fristen für die Aufbewahrung dieser Daten hin, nach deren Ablauf sie gelöscht werden müssen. Unabhängig von diesen Fristen sind die übermittelten Daten zu löschen, sobald sie für den Zweck, für den sie übermittelt worden sind, nicht mehr erforderlich sind.
6. Die übermittelnde und die empfangende Stelle stellen sicher, dass die Übermittlung und der Empfang der Daten aktenkundig gemacht werden.
7. Die übermittelnde und die empfangende Stelle sind verpflichtet, die übermittelten Daten wirksam gegen unbefugten Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen.

Artikel 7

Anfragen, Informationen und Dokumente, die nach Maßgabe dieses Abkommens eingehen, werden auf Bitte der übermittelnden Stelle von der anderen Vertragspartei vertraulich behandelt. Der Grund für eine solche Bitte ist anzugeben.

Artikel 8

(1) Die Zusammenarbeit im Rahmen dieses Abkommens erfolgt in der deutschen, türkischen oder englischen Sprache.

(2) Ersuchen um Auskunft oder Durchführung von Maßnahmen nach diesem Abkommen werden von den in Artikel 2 genannten zuständigen Stellen schriftlich direkt übermittelt. In dringenden Fällen kann das Ersuchen auch mündlich übermittelt werden, es muss aber unverzüglich schriftlich bestätigt werden.

(3) Die mit der Erledigung eines Ersuchens verbundenen Kosten trägt die ersuchte Seite mit Ausnahme der Reisekosten für Vertreter der ersuchenden Seite.

Artikel 9

Durch dieses Abkommen werden die in zweiseitigen oder mehrseitigen Verträgen enthaltenen Rechte oder Verpflichtungen der Vertragsparteien nicht berührt.

Artikel 10

(1) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach dem Tag in Kraft, an dem die Vertragsparteien einander notifiziert haben, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind, wobei der Tag des Eingangs der letzten Mitteilung maßgebend ist.


(2) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Es kann von jeder Vertragspartei durch Notifikation gekündigt werden. Die Kündigung wird sechs Monate nach dem Zeitpunkt wirksam, nachdem sie der anderen Vertragspartei zugegangen ist.

Artikel 11

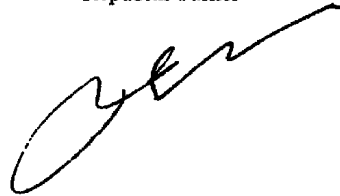
Die Registrierung dieses Abkommens beim Generalsekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird unverzüglich nach seinem Inkrafttreten von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland veranlasst. Die andere Vertragspartei wird unter Angabe der erteilten VN-Registrierungsnummer unterrichtet, sobald diese vom Generalsekretariat der Vereinten Nationen bestätigt worden ist.

Geschehen zu *Ankara* am *3. März 2003* in zwei Urschriften, jede in deutscher und türkischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der
Bundesrepublik Deutschland

Rudolf Klein
0110 

Für die Regierung der
Republik Türkei



[TURKISH TEXT — TEXTE TURC]

Almanya Federal Cumhuriyeti Hükümeti

ile

Türkiye Cumhuriyeti Hükümeti

Arasında

Başta Terörizm ve Örgütlü Suçlar Olmak Üzere

Büyük Öneme Haiz Suçlarla Mücadelede

İşbirliği Anlaşması

Almanya Federal Cumhuriyeti Hükümeti
ile
Türkiye Cumhuriyeti Hükümeti –

Almanya Federal Cumhuriyeti ile Türkiye Cumhuriyeti arasındaki dostluk ilişkilerini daha da güçlendirmek ve geliştirmek, her iki Devlette barış içinde refahı ve istikrarı özendirmek amacıyla ve her iki Tarafın egemenlik ve eşitliği ile çıkarlarına karşılıklı saygı ilkesi çerçevesinde ikili işbirliğini güçlendirmek arzusuyla,

Özellikle uluslararası terör suçları ve uluslararası örgütlü suçlarda ortaya çıkan artışı duydıkları endişeyle,

Vatandaşlarını ve ülkelerindeki diğer kişileri terör eylemlerinden ve çeşitli diğer suç eylemlerinden etkin biçimde koruma çabası doğrultusunda,

Terörizm ve örgütlü suçlarla mücadelede uluslararası işbirliğinin taşıdığı büyük önemi teyidle, bu alandaki işbirliğini pekiştirmek isteğiyle,

Her iki Tarafın onaylanmış bulunduğu uluslararası anlaşmaların amaç ve ilkeleriyle Birleşmiş Milletler ve uzmanlık kuruluşlarının suçla mücadele alanında almış oldukları kararları ve özellikle Birleşmiş Milletler Güvenlik Konseyinin 28 Eylül 2001 tarihli ve 1373 sayılı Kararını gözönünde bulundurarak,

27 Ocak 1977 tarihli Tedhişçiliğin Önlenmesine dair Avrupa Sözleşmesi'nin özellikle 1 ve 2 maddelerinin önem ve gerekliliğini vurgulayarak,

Birleşmiş Milletler Şartında tanımlanmış Milletler Hukuku ve insan haklarını korumanın temel ilkelerini gözönünde bulundurarak -

aşağıdaki hususlarda anlaşmışlardır:

Madde 1

(1) Taraflar, örgütlü suç yapılanmalarınca işlenenler dahil, başta terör suçları olmak üzere büyük öneme sahip suçlarla mücadelede, ulusal mevzuatları çerçevesinde işbirliği yapacaklardır.

(2) Taraflar, örgütlü suç yapılanmalarının suçun tasarlanmasındaki veya işlenmesindeki rolünü tesbit edebildikleri takdirde, suçun ağırlığından bağımsız olarak, özellikle aşağıdaki suçlarla mücadelede ulusal mevzuatları çerçevesinde işbirliği yapacaklardır:

- uyuşturucu ve psiko­trop maddeler ve bunların imalinde kullanılan katkı maddelerinin yasadışı üretimi ve ticareti,
- terör suçları,
- yasadışı göç, insan ticareti ve muhabbet tellallığı,
- şantaj suçları,
- yasadışı silah, patlayıcı madde, nükleer ve radyoaktif madde ticareti,
- mala karşı cürümler,
- sanat eserleri ve tarihi eser kaçakçılığı,
- bilişim suçları,
- fikri mülkiyet suçları,
- sahte para basımı ve dağıtımı, nakit dışı ödeme araçları veya değerli evrak sahteciliği ve sahte nakit dışı ödeme araçlarının ve değerli evrakların kullanılması
- kara para aklama,

- belge ve resmi evrakta tahrifat veya sahtecilik.

(3) Bu Anlaşma'nın amacına uygun olarak "terörist eylemler", türtü veya etkisi geređi bir ülkeye ya da uluslararası kuruluşa ciddi zarar verebilen ve bu amaç doğrultusunda işlenmeleri halinde ulusal mevzuatta suç olarak nitelenen, aşağıda belirtilen kasıtlı eylemleri tanımlar:

1. bir toplumu ciddi olarak sindirmek veya
2. bir hükümeti veya bir uluslararası kuruluşu herhangi bir faaliyeti yerine getirmeye veya getirmemeye yetkisizce zorlamak veya
3. bir ülkenin veya uluslararası bir kuruluşun siyasal, anayasal, ekonomik veya sosyal yapılarında ciddi istikrarsızlığa neden olmak veya yoketmek:
 - a) ölüme neden olabilecek şekilde bir kişinin yaşamına saldırı,
 - b) bir kişinin fiziki bütünlüğüne yönelik saldırı,
 - c) adam kaçırmak veya rehin almak,
 - d) hükümete veya kamuya ait bir tesise, ulaşım sistemine, bilişim sistemleri dahil altyapıya, kıtasahaneliğinde bulunan sabit platforma, kamuya ait yer veya özel mülkiyete, insan hayatını tehlikeye sokabilecek veya büyük maddi kayıplara yol açabilecek zararlar vermek,
 - e) hava ve deniz korsanlığı veya kamuya ait diğer taşıma araçlarına veya yük araçlarına yönelik korsanlık,
 - f) ateşli silah, patlayıcı, nükleer, biyolojik veya kimyasal silah üretimi, bulundurulması, elde edilmesi, taşınması, tedarik edilmesi veya kullanımı ile biyolojik ve kimyasal silahlar konusunda araştırma ve geliştirme çalışmaları,

- g) insan yaşamını tehlikeye atabilecek şekilde, tehlikeli maddeleri serbest bırakmak, yangına, patlamaya veya sele yol açmak,
- h) su, elektrik veya hayati öneme sahip diğer doğal kaynakların tedarikine insan hayatını tehlikeye atabilecek ölçüde müdahale etmek veya engellemek,
- i) a) - h) şıklarında yer alan eylemleri gerçekleştirmekle tehdit etmek,
- j) bir terör örgütünün yönetmek,
- k) bilgi ve malzeme temini veya faaliyetlerini herhangi bir yolla finanse etmek dahil, bir terör örgütünün faaliyetlerine, topluluğun suç eylemlerine katkıda bulunduğu bilinciyle katılmak.

Bu paragrafın amacına uygun olarak "terör örgütü" deyimi, terör eylemi gerçekleştirmek üzere anlaşmalı olarak hareket eden, ikiden fazla kişinin oluşturduğu uzun süreye dayalı örgütlü birlikteliği tanımlamaktadır. "Örgütlü birliktelik", doğrudan terör eyleminde bulunmak üzere kasten oluşturulan ve üyeleri için tanımlanan resmi rollere, sürekli üyeliğe veya belirli bir yapıya gerek duymayan birlikteliktir.

(4) Bu Anlaşma, iadeye ilişkin hususları ve ceza davalarındaki diğer adli yardımlaşma konularını ve mali davalarda adli yardımlaşma ile destek konularını kapsamaz.

Madde 2

Bu Anlaşma çerçevesindeki işbirliğini, Taraflar, aşağıda belirtilen ilgili makamları arasında doğrudan gerçekleştirirler:

Alman tarafında:

- Federal İçişleri Bakanlığı,

- Federal Sağlık Bakanlığı,
- Federal Kriminal Dairesi,
- Sınır Koruma Dairesi,
- Gümrük Kriminal Dairesi;

Türk tarafında:

- İçişleri Bakanlığı,
- Sağlık Bakanlığı,
- Başbakanlık Gümrük Müsteşarlığı.

Madde 3

Taraflar, işbirliğini gerçekleştirmek üzere

- mevzuatları çerçevesinde, işlenmiş bulunan veya tasarlanan suçlar ile suç örgütleri, bunların iç yapıları, bağlantıları ve faaliyet yöntemleri hakkında, önemli suçların önlenmesi, aydınlatılması ve soruşturulması için gerekli olduğu ölçüde bilgi değişiminde bulunacaklardır,
- Taraflardan birinin talebi üzerine, talepte bulunulan Taraf, suçların önlenmesi, aydınlatılması ve soruşturulması amacıyla, ulusal mevzuatı uyarınca yasal önlemler ile diğer Tarafa görüş birliğine varılan operasyona yönelik önlemleri alabilir, operasyona yönelik önlemlerin alınması sırasında Taraflar, ulusal mevzuatları çerçevesinde ve 1.maddenin 3.paragrafı saklı kalmak koşuluyla diğer Tarafın ilgili makamlarının temsilcilerinin de hazır bulunmalarına izin verebilirler,

- uyuşturucu maddelerin ve bunların imalinde kullanılan katkı maddelerinin yasadışı üretimi ve ticaretiyle mücadeleyle yönelik ortak tedbirler alacaklardır,
- uyuşturucu maddelerin ve bunların katkı maddelerinin yasal ticaretinin denetimine ilişkin deneyimlerini mübadele edecekler ve bu alandaki suistimali önlemeye yönelik önlemler alacaklardır,
- Taraflar ulusal mevzuatları ve mevcut uluslararası yükümlülükleri çerçevesinde; yasadışı uyuşturucu ve katkı maddesi ticareti hususunda kontrollü teslimat yapacaklar ve sıkı işbirliği içinde bunlarla ilgili mali soruşturmalarda birbirlerine yardım edeceklerdir,
- ihtiyaç duyulduğunda ve karşılıklı uzlaşya varılması koşuluyla irtibat görevlisi atayacaklardır,
- eğitim ve deneyim paylaşımı amacıyla ve olanaklar dahilinde uzman mübadele edeceklerdir,
- kriminalistik-kriminolojik araştırma sonuçlarını teati edeceklerdir,
- Taraflar, ulusal mevzuatları çerçevesinde, bu Anlaşma'nın amaçlarına ve her iki Devlet bakımından bağlayıcı diğer uluslararası anlaşmalardan kaynaklanan yükümlülüklerine uygun düşecek diğer önlemleri alacaklardır.

Madde 4

(1) Taraflar, Anlaşma'nın yürütülmesi, yeni eklemelerde bulunulması veya tadili amacıyla, ihtiyaç duydukları takdirde istişarede bulunacaklardır.

(2) Tarafların ilgili makamları, çalışma grupları oluşturabilir, uzman toplantıları gerçekleştirebilir ve Anlaşma'nın uygulanmasına ilişkin mutabakatlar aktebilirler.

Madde 5

(1) Taraflardan biri, bir talebin yerine getirilmesinin veya işbirliği gereği bir önlemin alınmasının, egemenliğinin ihlali veya güvenliğine zarar verebileceği veya ulusal mevzuatı, uluslararası yükümlülükleri veya diğer önemli çıkarlarıyla çatıştığı kanaatinde olması halinde, sözkonusu talebi veya önlem alınmasını bütünüyle veya kısmen reddedebilir ya da koşullara veya yükümlülüklerle bağlayabilir.

(2) Talep konusu eylem, talepte bulunulan Tarafın yürürlükteki ulusal mevzuatına göre suç teşkil etmiyorsa, talep edilen yardım da reddedilebilir.

(3) Talepte bulunan Taraf, talebin reddedilme gerekçeleri hakkında yazılı olarak bilgilendirilecektir.

Madde 6

Anlaşma kapsamında, kişilerle ilgili bilgilerin iletilmesi ve kullanımı, Tarafların ulusal mevzuatları çerçevesinde 2. maddede yer alan makamlarca, aşağıdaki koşullarda gerçekleştirilecektir:

1. Bilgileri alan Taraf, talebi üzerine ileten Tarafa, iletilen bilgilerin kullanımına ve bu bilgilerle sağlanan sonuçlara ilişkin bildirimde bulunacaktır.
2. Bilgileri alan Taraf, bu bilgileri, yalnız Anlaşma'da belirtilen amaçlar ve bilgileri ileten makamlarca öne sürülen koşullar bağlamında kullanabilir. Ayrıca, bu bilgiler, önemli suçların önlenmesi ve izlenmesi ile kamu güvenliğine yönelik büyük tehlikelerin önlenmesi amacıyla kullanılabilir.
3. Bilgileri iletecek makam, bilgilerin gönderilme amacına göre, bu bilgilerin doğruluğuna, gerekliliğine ve uygunluğuna riayet etmekle yükümlüdür. Ayrıca, ilgili Tarafın ulusal mevzuatındaki bilgi gönderme yasalarına uyulmalıdır. Bilgileri iletecek makam, bunların gönderilmesinin ulusal mevzuatın amaçlarını ihlal edeceği

veya ilgili şahsın korunması gereken çıkarlarına zarar vereceği kahtınsındaysa göndermekten kaçınabilir. Doğru olmayan veya gönderilmesine izin verilmemiş bilgilerin gönderildiği ortaya çıktığı takdirde, keyfiyet bilgileri alan Tarafa derhal bildirilmelidir. Böyle bir durumda, bilgileri alan Taraf, bahse konu bilgileri düzeltmekle veya yok etmekle yükümlüdür.

4. Başvuruda bulunması halinde, kişiye kendisi hakkındaki mevcut bilgiler ve bu bilgilerin ne suretle kullanılmasının öngörüldüğü hakkında bilgi verilmelidir. Kişilerin bu yolla bilgi edinme hakkı, başvuruda bulunulan Tarafın ulusal mevzuatına bağlıdır. Taraf Devletin bir bilgiyi vermemekteki çıkarı, bu bilgiyi talep eden kişinin çıkarına üstün geldiği takdirde, bilginin verilmesinden kaçınılabılır.
5. Bilgiyi ileten Taraf, gönderme sırasında, ulusal mevzuatında belirtilen bilginin saklanma süresine dikkat çekecektir. Bu sürenin sona ermesinden sonra, sözkonusu bilgiler yok edilmelidir. Bilgiler, bu sürelerle bağlı kalınmaksızın, iletilmiş olduğu amaç için gereksiz hale geldiğinde de yok edilmelidir.
6. Bilgileri ileten makam ile bilgileri alan makam, bilgilerin gönderildiğini ve alındığını dosya içinde belgeleyeceklerdir.
7. Bilgileri gönderen makam ile bilgileri alan makam, gönderilen bilgilerin, yetkisiz kişilerin eline geçmemesi, üzerlerinde yetkisiz kişiler tarafından değişiklik yapılmaması ve ifşa edilmemesi için bilgileri etkin şekilde korumakla yükümlüdürler.

Madde 7

Anlaşma çerçevesindeki bilgi talebi yazıları, bilgi ve belgeler, bunları gönderen makamın isteği üzerine, diğer Tarafa gizli bir şekilde incelenir. Gizliliğe ilişkin sözkonusu isteğin gerekçesi belirtilmelidir.

Madde 8

(1) Anlaşma çerçevesindeki işbirliği, Türkçe, Almanca veya İngilizce dillerinde gerçekleştirilecektir.

(2) Anlaşma uyarınca bilgi verilmesi veya önlem uygulanması için yapılacak başvurular, 2. maddede yer alan makamlarca, doğrudan yazılı olarak yapılır. Acil durumlarda başvuru, en kısa zamanda yazılı olarak teyit edilmek üzere şifahen de yapılabilir.

(3) Bir başvurunun yerine getirilmesine ilişkin giderler, başvuruda bulunan Tarafın temsilcilerinin seyahat gideri hariç, başvuruda bulunulan Tarafa karşılanır.

Madde 9

Bu Anlaşma, Tarafların diğer ikili ve çok taraflı anlaşmalardan doğan hak veya yükümlülüklerine hanel getirmez.

Madde 10

(1) Bu Anlaşma, Tarafların, ulusal mevzuatlarına göre onay işlemlerinin tamamlandığını birbirlerine Nota ile bildirdikleri tarihten bir ay sonra yürürlüğe girer. Burada, son bildirim ulaştığı tarih esas alınacaktır.

(2) Bu Anlaşma süresiz geçerli olup, Taraflardan birinin Nota ile bildiriyle feshedilebilir. Anlaşmanın feshi, bildirim diğer Tarafa ulaştığı tarihten 6 ay sonra geçerli olur.

Madde 11

Bu Anlaşma'nın Birleşmiş Milletler Şartının 102. maddesi uyarınca Birleşmiş Milletler Genel Sekreterliğinde kayıt ve tescil edilmesi işlemi, Anlaşma'nın yürürlüğe girmesinden sonra, derhal, Almanya Federal Cumhuriyeti Hükümetince yaptırılacaktır. Diğer Taraf, Anlaşma'nın Birleşmiş Milletler'e kayıt ve tescil edilme numarası Birleşmiş Milletler Genel Sekreterliğince onaylandığında, verilen numara belirtilmek suretiyle haberdar edilecektir.

3 Mart 2003 Tarihinde *Ankara*'da her ikisi de eşit düzeyde geçerli Almanca ve Türkçe ikişer suret imzalanmıştır.

Almanya Federal Cumhuriyeti
Hükümeti Adına

Indef Ullrich
Olaf Cif

Türkiye Cumhuriyeti
Hükümeti Adına

[Signature]

[TRANSLATION - TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND THE GOVERNMENT OF THE REPUBLIC OF TURKEY CONCERNING COOPERATION IN COMBATING OFFENCES OF MAJOR SIGNIFICANCE, IN PARTICULAR TERRORISM AND ORGANIZED CRIME

The Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the Republic of Turkey,

Wishing to strengthen and expand the friendly relations between the Federal Republic of Germany and the Republic of Turkey, promote prosperity and stability in peace in both States and strengthen bilateral cooperation based on reciprocal respect for sovereignty, equality and mutual benefit,

Concerned about the growth of crime, particularly international terrorism and international organized crime,

Guided by their desire to ensure effectively the protection of the citizens of their States and other persons in their territories from terrorist and other criminal acts,

Recognizing that international cooperation is of great significance to the fight against terrorism and organized crime and wishing to improve the effectiveness of cooperation in that area,

Bearing in mind the aims and principles of international agreements ratified by both Contracting Parties and the resolutions of the United Nations and the specialized agencies of the United Nations system in the area of combating crime, particularly United Nations Security Council resolution 1373 (2001) of 28 September 2001,

Stressing the necessity and importance of the European Convention on the Suppression of Terrorism of 27 January 1977 and in particular of articles 1 and 2 of that Convention,

Having regard to the fundamental principles of international law and human rights protection as they are defined in the United Nations Charter,

Have agreed as follows:

Article 1

(1) The Contracting Parties shall cooperate, in keeping with their domestic legislation, in combating offences of major significance, in particular terrorist offences and offences committed with the involvement of organized crime structures.

(2) Insofar as it is possible to discern the involvement of organized crime structures in the planning or commission of the acts in question, the Contracting Parties, regardless of the seriousness of the offence, shall cooperate in keeping with their domestic legislation, particularly in combating:

- Illegal production of and trafficking in narcotic drugs and psychotropic substances (hereinafter referred to as "drugs") and their precursors;
- Terrorism;
- Smuggling of persons across borders, trafficking in human beings and procuring;
- Extortion;
- Illicit trade in weapons, explosives and nuclear and radioactive materials;
- Crimes against property;
- Trafficking in works of art and antiques;
- Computer-assisted crime;
- Copyright infringement;
- Fabrication and distribution of counterfeit money, forgery of non-cash means of payment or negotiable instruments and use of forged non-cash means of payment or negotiable instruments;
- Money-laundering; and
- Forgery and falsification of instruments and public documents.

(3) For the purposes of this Agreement, the expression "terrorist acts" means any of the acts listed below, committed deliberately, which by its nature or in the context in which it is committed can cause serious damage to a country or an international organization and is defined as a criminal offence under domestic legislation, if the act is committed with intent to:

1. Intimidate the population; or
2. Unlawfully compel a Government or an international organization to do or abstain from doing any act; or
3. Profoundly destabilize or destroy the fundamental political, constitutional, economic or social structures of a country or an international organization:
 - (a) Attack against the life of a person;
 - (b) Attack against the physical integrity of a person;
 - (c) Kidnapping or hostage-taking;
 - (d) Extensive destruction of a government or public facility, a transportation system, an infrastructure facility, including a data-processing system, a fixed platform on the continental shelf, a location accessible to the public or a private property, if such destruction could endanger human lives or entail major economic losses;
 - (e) Hijacking of an aircraft, watercraft or other public means of transport of passengers or goods;
 - (f) Manufacture, possession, acquisition, transport, provision or use of firearms, explosives, nuclear weapons or biological and chemical weapons, and research and development related to biological and chemical weapons;
 - (g) Release of dangerous substances or causing a fire, explosion or flood, if the life of human beings is thereby put in danger;

(h) Manipulation of or interference with the water or power supply or the supply of other vital natural resources, if the life of human beings is thereby put in danger;

(i) Threat to commit one of the offences referred to under subparagraphs 3 (a) to (h);

(j) Leadership of a terrorist association; and

(k) Participation in the activities of a terrorist association, including through the provision of information or material resources or through any kind of financing of its activities, in the knowledge that such participation contributes to the criminal activities of the group.

For the purposes of this Agreement, the expression "terrorist association" means an organized group set up for an extended period of time and comprising more than two persons acting in concert in order to commit terrorist acts. The expression "organized group" means a group formed intentionally for committing directly a terrorist act, without necessarily having formally defined roles for its members, a steady membership or a distinct structure.

(4) This Agreement shall not affect questions relating to extradition and other mutual assistance in criminal matters or to support and legal assistance in taxation matters.

Article 2

For the purpose of implementation of this Agreement, cooperation between the Contracting Parties shall take place directly through the following competent authorities:

On the German side:

- Federal Ministry of the Interior
- Federal Ministry of Health
- Federal Criminal Investigation Agency
- Border Protection Administration
- Customs Investigation Agency.

On the Turkish side:

- Ministry of the Interior
- Ministry of Health
- Customs Secretariat under the Prime Minister's Office.

Article 3

For the purpose of cooperation, the Contracting Parties shall:

- In keeping with their domestic legislation, exchange information on offences committed or planned, on criminal groups and on their structures, relations and operating methods, to the extent that such exchange is necessary for the prevention, elucidation and ascertainment of offences of major significance;

- Upon request, take measures permitted under the legislation of the requested Contracting Party and concerted operational measures for the prevention, elucidation and ascertainment of offences. When operational measures are taken, the Contracting Parties may allow the presence of representatives of the competent authorities of the other Party to be

present, subject to the provisions of their domestic legislation and article 1, paragraph 3, of this Agreement;

- Carry out joint measures to combat illegal production of and trafficking in drugs and their precursors;
- Exchange experience on monitoring the legal trade in drugs and their precursors and take measures to prevent misuse;
- In keeping with their domestic legislation and existing international commitments, effect controlled deliveries in view of the illicit trade in drugs and precursors and assist one another through close cooperation in the related financial investigations;
- If necessary, dispatch liaison officers on the basis of mutual agreement;
- To the extent possible, dispatch specialists for advanced training and exchange of experience;
- Exchange findings of forensic and criminological research;
- In keeping with their domestic legislation, take other measures in line with the aims of this Agreement and with obligations under other international agreements binding on both States.

Article 4

(1) The Contracting Parties shall hold consultations to evaluate the implementation of this Agreement and assess the need for and advisability of any supplement or amendment thereto.

(2) The competent authorities of the Contracting Parties may set up working groups, organize meetings of experts and conclude agreements with a view to implementing this Agreement.

Article 5

(1) If one of the Contracting Parties feels that complying with a request or taking other cooperative measures may impair its sovereignty or the safety of the State or is incompatible with the fundamental principles of its law, its international commitments or other vital interests of the State, it may refuse to comply with such request or carry out such measures, or make its cooperation contingent upon specific conditions or stipulations.

(2) Assistance may also be refused if the act in connection with which a request is issued is not a criminal offence under the domestic law of the requested Contracting Party.

(3) The requesting Contracting Party shall be informed of such refusal in writing, as a rule with a statement of the reasons for it.

Article 6

With due regard to the domestic legislation of each Contracting Party, personal data (hereinafter referred to as "data") shall be transmitted and used under this Agreement by the

agencies of the Contracting Parties specified in article 2, subject to the following provisions:

1. Upon request, the receiving agency of one Contracting Party shall inform the transmitting agency of the other Contracting Party of the use to which the data transmitted are put and of the results obtained thereby.

2. The recipient may use the data only for the purposes specified in this Agreement and under the conditions prescribed by the transmitting agency. In addition, use is permissible for preventing and prosecuting offences of major significance and for warding off major threats to public safety.

3. The transmitting agency shall be responsible for ensuring the accuracy of the data transmitted and shall satisfy itself as to need and proportionality to the purposes to be served by transmission. In addition, prohibitions on the transmission of data applicable under domestic legislation shall be taken into account. Data shall not be transmitted if the transmitting agency has reason to believe that their transmission may run counter to the intent of a domestic law or harm interests warranting protection of the persons concerned. The receiving agency shall be immediately informed of any transmission of inaccurate data or of data that should not have been transmitted, and shall immediately correct or destroy such data.

4. Upon request, persons shall be provided with information on the existing data concerning them and on the purpose for which such data are to be used. Their right to obtain such information shall be governed by the domestic legislation of the Contracting Party in whose territory the information is requested. Provision of such information may be refused, if the interests of the State in not disclosing the information take precedence over the interests of the applicant.

5. When transmitting data, the transmitting agency shall indicate the data retention periods stipulated under its domestic legislation, and the data shall be destroyed upon expiry of these periods. Regardless of these time limits, data received shall be destroyed as soon as they are no longer necessary for the purpose for which they were transmitted.

6. Agencies transmitting or receiving data shall record data transmission or receipt.

7. Agencies transmitting or receiving data shall ensure that the data transmitted are effectively protected from access by unauthorized persons and from unauthorized alteration or disclosure.

Article 7

At the request of the transmitting agency, enquiries, information and documents received under this Agreement shall be treated confidentially. The reasons for such a request shall be given.

Article 8

(1) Cooperation under this Agreement may take place in German, Turkish or English.

(2) Requests for information or for measures to be taken under this Agreement shall be transmitted directly in writing by the competent agencies listed in article 2. In urgent cases a request may be transmitted orally, provided that it is immediately confirmed in writing.

(3) The costs associated with fulfilling a request, other than the travel expenses of agents of the requesting Party, shall be borne by the requested Party.

Article 9

This Agreement shall not affect the rights or obligations of the Contracting Parties under bilateral or multilateral agreements.

Article 10

(1) This Agreement shall enter into force one month after the date on which the Contracting Parties inform one another that the domestic conditions for its entry into force have been fulfilled. The determining date shall be the date of receipt of the last notification.

(2) This Agreement is concluded for an indefinite period. It may be denounced by either Contracting Party by notification. The denunciation shall enter into force six months after it has been received by the other Contracting Party.

Article 11

The Government of the Federal Republic of Germany shall have this Agreement registered with the United Nations Secretariat under Article 102 of the Charter of the United Nations immediately after its entry into force. The other Contracting Party shall be notified accordingly and provided with the United Nations registration number as soon as it is confirmed by the United Nations Secretariat.

Done at Ankara on 3 March 2003 in duplicate in the German and Turkish languages, both texts being equally authentic.

For the Government of the Federal Republic of Germany:

For the Government of the Republic of Turkey:

[TRANSLATION - TRADUCTION]

ACCORD ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE
D'ALLEMAGNE ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE
TURQUE RELATIF À LA COOPÉRATION DANS LA LUTTE CONTRE
LES INFRACTIONS D'IMPORTANCE MAJEURE, EN PARTICULIER
DANS LE DOMAINE DU TERRORISME ET DU CRIME ORGANISÉ

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Gouvernement de la République de Turquie,

Souhaitant renforcer et étendre les relations amicales entre la République fédérale d'Allemagne et la République de Turquie, promouvoir la prospérité et la stabilité dans les deux pays et consolider la coopération bilatérale basée sur le respect réciproque de la souveraineté, de l'égalité et du bénéfice mutuel,

Concerné par la croissance du crime, et notamment, du terrorisme international et du crime organisé international,

Guidé par le désir d'assurer de manière effective la protection des citoyens de leurs deux États et d'autres personnes résidant sur leur territoire contre le terrorisme et d'autres activités criminelles,

Reconnaissant que la coopération internationale a une grande signification dans la lutte contre le terrorisme et le crime organisé et souhaitant améliorer l'efficacité de la coopération dans ce domaine,

Ayant à l'esprit les buts et les principes des accords internationaux ratifiés par les deux Parties contractantes et les résolutions des Nations Unies et des institutions spécialisées de la famille des Nations Unies dans les domaines de la lutte contre le crime notamment de la résolution 1373 (2001) du Conseil de sécurité du 28 septembre 2001,

Soulignant la nécessité et l'importance de la Convention européenne sur l'élimination du terrorisme du 27 janvier 1977 et notamment des articles 1 et 2 de la Convention,

Tenant compte des principes fondamentaux du droit international de la protection des droits de l'homme tels qu'ils sont définis dans la Charte des Nations Unies,

Sont convenus de ce qui suit :

Article 1

(1) Les Parties contractantes, agissant dans le cadre de leur législation nationale, s'entraident pour lutter contre des formes de criminalité d'importance majeure, en particulier le terrorisme et les délits commis avec la participation des structures du crime organisé.

(2) Dans la mesure où il est possible d'identifier les structures du crime organisé dans la planification ou dans l'exécution des actes en question, les Parties contractantes indépendamment de l'importance du délit coopèrent dans le cadre de leur législation en combattant :

- la production illégale et le trafic des stupéfiants et des substances psychotropes (désignés ci-après par "drogues") et les précurseurs;
- le terrorisme;
- le passage clandestin de personnes à travers les frontières, le trafic des êtres humains et le proxénétisme;
- l'extorsion;
- le commerce illégal des armes, des explosifs et des matières nucléaires et radioactives;
- les crimes contre la propriété;
- le trafic des oeuvres d'art et des antiquités;
- les crimes liés à l'informatique;
- violation du droit d'auteur;
- fabrication et distribution de fausse monnaie, contrefaçon de moyens de paiement autres qu'en espèces, d'instruments négociables et utilisation de moyens de paiement autres qu'en espèces ou d'instruments négociables;
- blanchiment d'argent;
- contrefaçon et fabrication d'instruments et de documents publics.

(3) Aux fins d'application du présent Accord, l'expression "actes terroristes" s'entend par un des actes mentionnés ci-dessous commis de façon délibérée lequel par sa nature et dans le contexte où il est commis peut causer des dommages sérieux à un pays ou à une organisation internationale et est défini comme un délit criminel selon la législation nationale si ledit acte est commis avec l'intention :

1. d'intimider la population; ou
2. d'obliger de façon illégale le Gouvernement ou une organisation internationale à accomplir ou à s'abstenir d'accomplir un acte quelconque; ou
3. de déstabiliser profondément ou de détruire les structures politiques, constitutionnelles, économiques et sociales de base d'un pays ou d'une organisation internationale par :
 - (a) l'atteinte à la vie d'une personne;
 - (b) l'atteinte contre l'intégrité physique d'une personne;
 - (c) l'enlèvement ou la prise d'otage;
 - (d) la destruction extensive de locaux publics ou du Gouvernement, de système de transport, d'infrastructure, y compris du système d'ordinateurs, d'une plateforme fixe sur le plateau continental, d'un endroit accessible au public ou d'une propriété privée lorsque ces destructions peuvent mettre en danger la vie humaine ou entraîner des pertes économiques majeures;
 - (e) le détournement d'aéronef, de navires ou d'autres moyens de transport public de passagers;
 - (f) la fabrication, la possession, l'acquisition, le transport, la fourniture ou l'utilisation d'armes à feu, d'explosifs, d'armes nucléaires, d'armes chimiques et biologiques ainsi que des recherches et le développement d'armes biologiques et chimiques;

(g) la diffusion de substances dangereuses ou la provocation d'un incendie, d'une explosion, d'une inondation qui pourraient mettre en danger la vie d'un être humain;

(h) la manipulation ou l'interférence avec des installations électriques ou hydrauliques ou d'autres ressources vitales mettant en danger la vie humaine;

(i) la menace de commettre un des délits mentionnés aux alinéa (a) à (h) du paragraphe 3;

(j) la direction d'une association terroriste; et

(k) la participation aux activités d'une association terroriste par la fourniture d'information ou de ressources matérielles ou par le financement d'activités terroristes en sachant qu'une telle participation contribue aux activités criminelles du groupe.

Aux fins d'application du présent accord, l'expression "association terroriste" s'entend d'un groupe organisé constitué pendant une période étendue et comprenant plus de deux personnes agissant en concert afin de commettre des actes terroristes. L'expression "groupe organisé" s'entend d'un groupe formé intentionnellement pour commettre directement un acte terroriste sans que soient définis nécessairement les rôles de ses membres, sa composition et sa structure.

(4) Le présent Accord n'affecte pas les questions relatives à l'extradition ou à toute autre assistance mutuelle en matière criminelle ou à tout appui et assistance juridique en matière fiscale.

Article 2

Aux fins d'application du présent accord, la coopération entre les Parties contractantes doit s'établir par l'intermédiaire des autorités compétentes suivantes :

Du côté allemand :

Le Ministre fédéral de l'intérieur

Le Ministre fédéral de la santé

L'Office fédéral de police fédérale criminelle

La Direction de protection des frontières

L'Office criminel des douanes

Du côté turc :

Le Ministre de l'intérieur

Le Ministre de la santé

Le Secrétariat des douanes du cabinet du Premier ministre.

Article 3

Aux fins de coopération, les Parties contractantes doivent :

- échanger, conformément à leur législation nationale, des informations sur les délits commis ou en préparation, sur les groupes criminels et leurs structures, les relations et leurs

méthodes d'opération dans la mesure où un tel échange est nécessaire en vue de la prévention, élucidation et la prévention de délits d'importance majeure;

- sur demande, prendre des mesures permises par la législation de la Partie contractante requise et également des décisions opérationnelles concertées pour prévenir, élucider et évaluer les délits. Quand les mesures opérationnelles sont prises, les Parties contractantes peuvent permettre la présence de représentants des autorités compétentes de l'autre Partie contractante sous réserve des dispositions de leur législation nationale et du paragraphe 3 de l'article 1 du présent Accord;

- mettre en application des mesures communes pour lutter contre la production illégale et le trafic des stupéfiants et des précurseurs;

- échanger des expériences sur la surveillance du commerce légal des stupéfiants et des précurseurs et prendre des mesures pour en prévenir le mauvais usage;

- conformément à leur législation nationale et aux engagements internationaux existants effectuer des livraisons contrôlées en regard du trafic illégal des stupéfiants et des précurseurs et s'entraider par une coopération étroite dans les enquêtes financières y relatives;

- dépêcher des officiers de liaison sur la base d'accord mutuel;

- dans la mesure du possible, dépêcher des experts pour la formation avancée et l'échange des expériences;

- échanger les résultats des recherches de médecine légale et criminologique;

- conformément à leur législation nationale prendre d'autres mesures conformes aux objectifs du présent accord et aux obligations obligatoires pour les deux États en vertu d'accords internationaux.

Article 4

(1) Les Parties contractantes tiendront des consultations pour examiner la mise en oeuvre du présent accord et évaluer la nécessité et l'opportunité d'y apporter des rajouts ou des amendements.

(2) Les autorités compétentes des Parties contractantes peuvent mettre sur pied des groupes de travail, organiser des réunions d'experts et conclure des accords afin de mettre en oeuvre le présent accord.

Article 5

(1) Si l'une des Parties estime qu'accepter la demande de l'autre Partie ou acquiescer à d'autres mesures de coopération risque d'enfreindre des droits souverains ou sont incompatibles avec les principes fondamentaux de sa législation, ses engagements internationaux ou d'autres intérêts vitaux du pays, il peut refuser de prendre ces mesures ou imposer des conditions ou des stipulations spécifiques à cette coopération.

(2) L'aide peut également être refusée si l'acte à propos duquel la demande est faite ne constitue pas un délit selon la législation nationale de la Partie contractante requise.

(3) La Partie requérante doit être informée par écrit du refus et des raisons qui le motivent.

Article 6

Dans le respect de la législation nationale de chacune des Parties contractantes, les données personnelles (désignées ci-après par "données") doivent être communiquées et utilisées selon les termes du présent accord par les organismes des Parties contractantes spécifiés à l'article 2, sous réserve des dispositions suivantes :

1. L'organisme destinataire doit, sur demande, informer l'organisme expéditeur de l'usage qui est fait des renseignements et des résultats obtenus.

2. L'organisme destinataire ne peut utiliser les données que pour les buts spécifiés dans l'accord et selon les conditions prescrites par l'organisme expéditeur. En outre, leur utilisation est permise pour prévenir et poursuivre de graves délits et écarter des menaces importantes à la sécurité publique.

3. L'organisme expéditeur est tenu de garantir l'exactitude des données transmises et doit s'assurer que la communication de ces renseignements est effectivement nécessaire dans les limites et aux fins précisées par la demande. Il tient compte en outre des interdictions prévues par la législation nationale en matière de communication des renseignements. Aucun renseignement ne peut être communiqué s'il existe des raisons de croire que cette communication risque d'être contraire aux buts d'une loi nationale ou de porter préjudice aux intérêts légitimement protégés de la personne concernée. L'organisme destinataire doit être immédiatement informé de toute communication d'informations inexactes ou de données qui n'auraient pas du être transmises. Ce dernier est tenu de corriger ou de détruire les données en question.

4. Les personnes qui en font la demande doivent être informées doivent être informées des renseignements d'ordre personnel existant à leur sujet ainsi que des fins auxquelles ils seront employés. Leur droit d'obtenir une telle information est régi par la législation nationale de la partie contractante sur le territoire de laquelle l'information est demandée. La fourniture de cette information peut être refusée si les intérêts de l'État à ne pas la divulguer l'emporte sur les intérêts du demandeur.

5. En communiquant les données, l'organisme expéditeur indique les délais à l'expiration desquels les renseignements communiqués doivent être détruits. Sans égard pour les délais, les données doivent être détruites dès qu'elles ne sont plus nécessaires aux fins pour lesquelles elles ont été communiquées.

6. Les organismes destinataires ou expéditeurs de données sont tenus de donner acte de leur communication ou de leur réception.

7. Les organismes expéditeurs ou destinataires de données sont tenus d'assurer la protection effective des renseignements communiqués contre toute consultation, modification ou divulgation non autorisée.

Article 7

À la demande de l'organisme expéditeur, les enquêtes, les données et les documents reçus selon les termes du présent accord doivent être traités confidentiellement. Les raisons qui sont à la base de la demande doivent être fournies.

Article 8

(1) La coopération selon les termes du présent accord peut se faire en allemand, en turc ou en anglais.

(2) Les demandes d'information ou de mesures à prendre selon l'accord doivent être communiquées directement par écrit aux organismes compétents figurant à l'article 2. Dans les cas urgents, une demande peut être faite oralement à condition qu'elle soit confirmée immédiatement par écrit.

(3) Les coûts associés à une demande autre que les frais de voyage des fonctionnaires de la Partie requérante, doivent être assumés par la Partie requise.

Article 9

Le présent accord n'affecte pas les droits et les obligations des Parties contractantes en ce qui concerne des accords bilatéraux ou multilatéraux dont elles sont parties.

Article 10

(1) Le présent Accord entrera en vigueur un mois après la date à laquelle les Parties contractantes se seront mutuellement informées que les conditions intérieures nécessaires à cet effet ont été accomplies. La date d'entrée en vigueur sera la date de réception de la dernière notification.

(2) Le présent Accord est conclu pour une durée indéterminée. Il peut être dénoncé par l'une ou l'autre des Parties par une notification. La dénonciation entre en vigueur six mois après sa réception par l'autre Partie contractante.

Article 11

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne fera enregistrer le présent accord auprès du Secrétariat des Nations Unies conformément à l'article 102 de la Charte immédiatement après son entrée en vigueur. L'autre Partie contractante en sera informée et devra recevoir le numéro d'enregistrement dès qu'il sera confirmé par le Secrétariat des Nations Unies.

Fait à Ankara le 3 mars 2003 en deux exemplaires en allemand et en turc, les deux textes faisant foi.

Pour le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne :

Pour le Gouvernement de la République de Turquie :

**UNITED
NATIONS**

**TREATY
SERIES**

Volume
2332

2005

I. Nos.
41783-41824

**RECUEIL
DES
TRAITÉS**

**NATIONS
UNIES**

كيفية الحصول على منشورات الأمم المتحدة

يمكن الحصول على منشورات الأمم المتحدة من المكتبات ودور التوزيع في جميع أنحاء العالم. استعلم عنها من المكتبة التي تتعامل معها أو اكتب إلى : الأمم المتحدة ، قسم البيع في نيويورك أو في جنيف .

如何购取联合国出版物

联合国出版物在全世界各地的书店和经售处均有发售。请向书店询问或写信到纽约或日内瓦的联合国销售组。

HOW TO OBTAIN UNITED NATIONS PUBLICATIONS

United Nations publications may be obtained from bookstores and distributors throughout the world. Consult your bookstore or write to: United Nations, Sales Section, New York or Geneva.

COMMENT SE PROCURER LES PUBLICATIONS DES NATIONS UNIES

Les publications des Nations Unies sont en vente dans les librairies et les agences dépositaires du monde entier. Informez-vous auprès de votre libraire ou adressez-vous à : Nations Unies, Section des ventes, New York ou Genève.

КАК ПОЛУЧИТЬ ИЗДАНИЯ ОРГАНИЗАЦИИ ОБЪЕДИНЕННЫХ НАЦИЙ

Издания Организации Объединенных Наций можно купить в книжных магазинах и агентствах во всех районах мира. Наводите справки об изданиях в вашем книжном магазине или пишите по адресу: Организация Объединенных Наций, Секция по продаже изданий, Нью-Йорк или Женева.

COMO CONSEGUIR PUBLICACIONES DE LAS NACIONES UNIDAS

Las publicaciones de las Naciones Unidas están en venta en librerías y casas distribuidoras en todas partes del mundo. Consulte a su librero o diríjase a: Naciones Unidas, Sección de Ventas, Nueva York o Ginebra.

USD \$50

ISBN 978-92-1-900322-4



Printed in U.S.A.

07-61326—March 2010—1,150

ISSN 0379-8267